

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Dr. Friedrich Auer
Verlag: Auer-Verlag, Leipzig

Preis: 1 Mark pro Quartal
Anzeigenpreis: 10 Pfennig pro Zeile

Telegraphisch: Auer-Verlag Leipzig. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 245

Sonnabend, den 19. Oktober 1929

24. Jahrgang

Zeitenwende

Unsere Weltgestaltung — Ein Bild auf England — Probleme unseres Jahrhunderts — Politische Postulate

Die Zahl der Leute ist im Wachsen begriffen, die glauben, daß der deutsche Nationalismus sich am Scheideweg befindet. Der Streit um das Volksehren gegen den Youngplan ist jedenfalls nicht geeignet, die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes nach außen hin zu fördern und zu stützen. Gerade sie ist aber ein Hauptfordernis für eine erfolgreiche deutsche Außenpolitik. Auch der beste deutsche Reichsaussenminister vermag, auf eine hervorragende Diplomatie gestützt, auf die Dauer die außenpolitischen Interessen unseres Vaterlandes nicht durchzusetzen, wenn er auf keine geschlossene Willensbildung des Volkes, das in seinem Rücken steht, hinzuweisen vermag. Deshalb ist auch das Volksbegehren in staatspolitischer Hinsicht so überaus bedenklich.

Nach dem ungeheuren politischen Erdbeben, den uns der Friedensvertrag von Versailles bescherte, und der bei uns alles kurz und klein zusammenschlug, bewirkte es höchste politische Weisheit, kluger Jurisprudenz und stärkster Nervenanspannung, um das deutsche Reich Schritt für Schritt aus dem Chaos herauszuführen und zu einer gleichberechtigten Großmacht im Konzern der Völker zu machen. Es ist keine Frage, daß wir dem Ziele in den letzten zehn Jahren wesentlich näher gekommen sind. Wenn unpopuläre Kurzsichtigkeit bisher auch verhinderte, daß diese Erkenntnis heute Gemeingut des ganzen deutschen Volkes ist, so versichert uns doch jeder in Berlin beglaubigte Diplomat ausländischer Mächte, daß diese Ansicht richtig ist. Nicht weniger bedeutungsvoll will uns scheinen, daß die im Weltkrieg neutral gebliebenen Völker, erst recht unsere ehemaligen Kriegsgegner der gleichen Auffassung sind.

Das Antlitz der Welt hat sich durch den Weltkrieg grundlegend geändert. Nichts zeigt dies vielleicht klarer als die heutige Lage Großbritanniens. Während des Jahrhunderts, das den napoleonischen Kriegen folgte, besaß Großbritannien, Weltbritannien, eine Vormachtstellung auf unserem Erdball, ohne lebensgefährliche Gegner, wie sie in diesem Umfange keine Großmacht vorher besaß und sicherlich auch heute nicht besitzt. England war zur See unbeschränkter Herr, es war das erste Land, das die großen Gewinne der neuzeitlichen Industrialisierung machte, und das ohne ernststen Wettbewerb seine Kapitalien in aller Herren Länder auf das vorteilhafteste anzulegen wußte. Die herrschende Klasse Englands war infolgedessen die reichste der Welt. Das Pfund Sterling herrschte unbestritten. Damit ist es gründlich vorbei, denn heute weiß jeder Brite, daß für sein Volk ein neues Zeitalter herausgezogen ist, in dem es nur im strengsten politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb mit den anderen Völkern bestehen kann.

Jedes Zeitalter hat seine eigenen Probleme zu lösen. Sehen wir uns in der Kulturgeschichte näher um, so durchleben wir ein Zeitalter scheinbarer Erfindungen, wie es in der ganzen Menschheitsgeschichte noch nicht da war. Personen und Luftautomobile, Aeroplane und Luftschiffe, Fernsehen und Fernhören und eine Anzahl anderer Erfindungen, von denen man vor einem Menschenalter noch nichts wußte, beschäftigen uns täglich. Unser ganzes zivilisiertes Leben wird dadurch unmittelbar erfasst und revolutioniert. Die kulturellen Auswirkungen sind unaussprechlich. Dadurch schwindet aber die alte Ordnung dahin, das ganze Leben gerät in eine sich steigende Erregung und selbst die moralischen Grundsätze des natürlichen Sittengesetzes scheinen in Frage gestellt.

Die Folgen dieser zivilisatorischen und kulturellen Umwälzungen auf den verschiedenen Lebensgebieten lassen sich heute noch gar nicht übersehen. Dem aufmerksamen Staatspolitiker kann es jedoch nicht entgehen, daß das Zeitalter isolierter Staaten vorbei ist und ein Zeitalter isolierter Staaten vorbei ist und ein Zeitalter isolierter Staaten vorbei ist. Die angestrebte Welt hat sich dieser Tage in Washington die Hände gereicht, und ein politisches Geschäft abgeschlossen, das wichtiger ist als der Versailler Vertrag, die Schaffung des Völkerbundes und der Kelloggpaakt. Bei den wirtschaftlichen und finanziellen engeren Beziehungen, die unsere Politik und Wirtschaft heute mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas verbindet, berühren uns die Vereinbarungen, die in Washington zwischen Macdonald und Hoover getroffen wurden, unmittelbar, auch wenn unsere Staatsmänner und Diplomaten bei dem gegenwärtigen Stand der englisch-amerikanischen Verhandlungen es vorziehen, sich in Schweigen zu hüllen.

Unsere Innenpolitiker mögen über die Krise der Demokratie sich getrost weiter die Köpfe zerbrechen und

energisch alle Ausschüsse und Stände bekämpfen. Daß der demokratische Gedanke in der Welt auf dem Marsche ist, wird von niemanden bestritten werden, der weitpolitisch zu denken und zu sehen vermag. Demokratie ist freilich nur dort möglich und wirksam, wo die breiten Schichten des Volkes über eine politische Erziehung und die Fähigkeit verfügen, sich frei ein unabhängiges moralisches Urteil zu bilden. Kein Zweifel, daß das deutsche Volk die hierzu erforderliche Bildung besitzt.

Un der weitpolitischen demokratischen Tendenz ändern auch die Diktaturen nichts, die wir in einzelnen Ländern Europas bestigen. Das faschistische

Regime in Italien ist nach Mussolinis Auffassung auf etwa ein Menschenalter berechnet, um das italienische Volk zur Autorität, zur Ordnung und zur Gerechtigkeit zu erziehen. Die Kuomintang-Partei in China verfolgt nach den Äußerungen Tschangkaikais das gleiche Ziel, und Lenin sprach denselben Gedanken für Sowjetrußland schon vor Jahren aus. Westeuropa ist demokratisch. Die Demokratie beherrscht Großbritannien, und die beiden größten Demokratien der Welt, England und die Vereinigten Staaten Nordamerikas, reichen sich die Hand zum Händchen. Daraus ergeben sich für uns politische Folgerungen, die nur große Kurzsichtigkeit übersehen kann.

Ehrhardt gegen das Volksbegehren

„Die nationale Opposition durch diesen unsinnigen Streich des Volksbegehrens erledigt“

Der bekannte Kapitän Ehrhardt, der, obwohl sein Dumb-Billing aufgelöst wurde, auch weiter politisch tätig ist, und über eine ganze Anzahl von Anhängern verfügt, die heute zum Teil im Lager der Nationalsozialisten stehen, gibt für sich und seine Anhänger regelmäßig Briefe heraus, die den Namen tragen „Politische E-Briefe“. In dem Brief Nr. 21 vom 2. Oktober nimmt Ehrhardt zum Volksbegehren Stellung. Er schreibt darüber:

„Ein Volksbegehren appelliert an die Masse. Wo auch man den Instinkten der Masse Rechnung tragen. Es war grundsätzlich, dieses Volksbegehren mit einem Geheiß zu verurteilen, das weite Kreise des Volkes, die vielleicht ihre Stimme gegen den Youngplan allein abgeben hätten, vor den Kopf stoßen mußte. Die Nationalsozialisten haben den Zuchthausparagrafen, unter dem auch Hindenburg fallen müßte, in diesem Geheiß durchgebrochen. Die Führer des Volksbegehrens haben in ihren Reihen nicht einmal eine Einigung vor der Einreichung des Geheißes erzielt. Siehe die verschiedenen Proteste und die nachträgliche Mißberatung des Zuchthausparagrafen. Da schwindet der Glaube an die starke Führung für ein Volksbegehren. Die Front ist jetzt völlig klar. Außer Deutschnationalen, Stahlhelm, Nationalsozialisten, wodon letztere ihre Parteiluppe dabei fochen möchten, dürften nur wenige Stimmen für das Volksbegehren gefunden werden. Dabei darf nicht vergessen werden, daß Stahlhelm und Deutsch-nationale gleichbedeutend sind, also nicht abdiert werden können. Trotzdem besteht kein zahlenmäßige Möglichkeit, daß das Volksbegehren durchkommt. Damit ist aber nichts erreicht, es muß ein Volksempfinden als Folge des Volksbegehrens herbeigeführt werden und das ist im Sinne der Antragsteller zahlenmäßig eine völlige Unmöglichkeit. Wenn aber die Unmöglichkeit und Führerlosigkeit im Lager der Volksbegehrier so weitergeht, wenn die Regierung Hindenburg zu einem Appell gegen das Volksbegehren kommt, so besteht sogar die Möglichkeit, daß das Volksbegehren ins Wasser fällt. Dann ist die nationale Opposition durch diesen unsinnigen Streich des Volksbegehrens erledigt. Es hat sich gezeigt, daß Eugenberg wohl verstanden hat, hinter den Kulissen eine Rolle zu spielen, Zeitungs-, Kino- und Wirtschaftsmacht zu schaffen. Ich kann mich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß er kein Führer von unbedingter Autorität ist. Der beste Beweis sind die Nationalsozialisten, die gar nicht daran denken, die Eugenbergische Führung anzuerkennen. Es ist ein Sommer, daß die nationale Front, die sich zu bilden im Begriffe war, durch das Volksbegehren verpulvert wird. Die ungeheure, geradezu tragische politische Tragweite eines Volksempfindens wäre die, daß der Welt vor Augen geführt wird, daß die weitaus größere Mehrheit des deutschen Volkes die Tribüne zahlen will. Und das ist tatsächlich gar nicht der Fall. Es kommt lediglich durch dieses amüßliche Volksbegehren in dieser Form zum Ausbruch. Den übrigen muß man sich darüber klar sein, daß durch ein deutsches Geheiß die außenpolitische Lage nicht geändert wird. Denn weder für Frankreich, noch England, noch Italien usw. sind deutsche Geheisse maßgebend.“

Ehrhardt steht also auch die Kapitulation für die nationale Opposition durch den „unsinnigen Streich des Volksbegehrens“ kommen und erkennt, daß Eugenberg nicht der Führer ist, als der er immer hingestellt wird. Auch die außenpolitischen Folgen des Volksbegehrens und des Volksempfindens erkennt Ehrhardt. Der Kapitän Ehrhardt geht bisher selbst in radikalen Kreisen der Volksbegehrier als einwandfrei „nationale“ Persönlichkeit. Wird man ihn jetzt, nachdem er gegen das Volksbegehren Stellung genommen hat, ebenfalls als „national unzuverlässig“ hinstellen?

Eine Erklärung der „Deutschen Welle“

Die „Deutsche Welle“ G. m. b. H. gibt folgendes bekannt:

„In deutschnationalen Blättern wird in einem Kieler Telegramm Dr. Eugenbergs behauptet, daß es sich bei der an ihn und Graf Westarp gerichteten Einladung zu Rundfunk-Vortragsreden nur um nicht ernst zu nehmende Angebote gehandelt habe.“

Demgegenüber wird festgestellt, daß die an die Herren der Deutschnationalen Volkspartei ergangenen Einladungen auf Grund einmütiger Beschlüsse des politischen Überwachungs Ausschusses der Deutschen Welle erfolgten, dem Mitglieder aller großen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten angehören. Die Ernsthaftigkeit der Angebote kann so-

mit nicht in Zweifel gezogen werden. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die als amtliche Auflage im Rundfunk verbreiteten Ministerreden außerhalb der Verantwortung der Rundfunkgesellschaften stehen und daher auch der Kontrolle ihrer Überwachungs-ausschüsse nicht unterliegen.“

„Massenandrang“ zum Volksbegehren

Die Eintragungen für das Volksbegehren haben gestern begonnen. Da sie vierzehn Tage dauern, kann man aus den ersten Ziffern noch keine Schlüsse ziehen. Im Groß-Berlin haben sich von den rund 3 Millionen Stimmberechtigten gestern 20 110 Wähler eingetragen lassen. Das bedeutet einen ebenso „stürmischen“ Zulauf wie feierzeit für das kommunale Volksbegehren auf Eintragung, wo am ersten Tage 98 000 Eintragungen gezählt wurden. Allerdings ist die amtlich festgestellte Ziffer von 20 110 um 50 bis 100 Prozent niedriger als die von der Eugenbergpresse genannte Zahl. Immerhin entspricht sie, wenn die Eintragungen sich vierzehn Tage lang auf der gleichen Höhe halten, in ihrem Endresultat den 10 Prozent, welche für das Gelingen des Volksbegehrens notwendig sind. Die gestrige Hamburger Ziffer ist 1650, bleibt also sehr stark hinter dem Durchschnittserfordernis zurück, das 5800 täglich betragen würde. In Frankfurt am Main wurden 220 Eintragungen vorgenommen, was ein recht mäßiges Ergebnis gegenüber den 37 500 Stimmen bedeutet, die bei der letzten Reichstagswahl für die Deutschnationalen und Nationalsozialisten abgegeben wurden. Im übrigen ist ja von vornherein immer angenommen worden, daß der erste Teil der Eugenberg-Aktion des Volksbegehrens gelingen werde, da dafür rund 4 100 000 Stimmen notwendig sind und die Christlich-Nationale Bauernpartei bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1928 zusammen 6 290 538 Stimmen aufgebracht haben. Für den zweiten Teil seiner Aktion müßte Eugenberg aber mehr als 20 Millionen Stimmen aufbringen. Daß dies geschehen könnte, daß die Hälfte aller Wähler den Eugenbergschen Volksempfinden im Volksempfinden annehmen werde, erscheint nach wie vor ausgeschlossen.

Ein erster Erfolg des Schreibens des Reichspräsidenten wegen des Volksbegehrens

Reichspräsident von Hindenburg hatte, wie bekannt, ein Schreiben an Reichskanzler Müller gerichtet, in dem er die Anhänger und die Gegner des Volksbegehrens aufforderte, seine Person mit der Frage des Volksbegehrens nicht in Zusammenhang zu bringen. Wie verlautet, hat nunmehr der Reichsausschuß für das Volksbegehren seinen Werbestill, in dem auch Wäber aus dem Leben des Reichspräsidenten enthalten sind, zurückgezogen. Diese Maßnahme dürfte ein erster Erfolg des Schreibens des Reichspräsidenten an den Reichskanzler sein.

Ein Regierungsrat vom Dienst suspendiert

Regierungsrat Bierbach bei der Regierung in Düsseldorf ist, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erfährt, vom Amte suspendiert worden, weil er einen „von Gemeinheiten strotzenden Ausruf“ zur Teilnahme an dem Volksbegehren unterzeichnet hat. Das Disziplinarverfahren gegen Bierbach ist bereits eingeleitet worden.

R. S. B. bleibt verboten

Gegen das Verbot hatte der Rote Frontkämpferbund beim Reichsgericht Beschwerde eingelegt. Der vierte Strafsenat hat laut „Berlin am Morgen“ nunmehr entschieden, daß das Reichsgericht über die Beschwerde seit dem Aufrücktreten des Republik-schutzgesetzes nicht entscheiden könne.

§ 297

Im Strafrechtsauschuß des Reichstages wurde § 297 gemäß den Vorschlägen der Abgeordneten Dr. Bell (Senr.), Ehlmann (Dem.) und Dr. Schetter (Senr.) in folgender Fassung angenommen: „Mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten wird bestraft: 1. ein Mann, der einen anderen Mann unter Mißbrauch einer durch ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis begründeten Abhängigkeit nötigt, sich zur Unzucht mißbrauchen zu lassen; 2. ein Mann, der gewohnheitsmäßig zum Zweck mit einem Manne Unzucht treibt oder sich dazu anstellt; 3. ein Mann über 21 Jahre, der einen unmündigen Minderjährigen verführt, sich zur Unzucht mißbrauchen zu lassen.“